

Berlin, 6. – 8. Dezember 2019

Beschluss Nr. 12

### **30 Jahre Friedliche Revolution – Aufbruch für ein starkes Ostdeutschland**

Vor 30 Jahren wurde die ganze Welt Zeuge, wie mutige Frauen und Männer in einer friedlichen Revolution die Mauer niederrissen. Mauern fallen, wenn Menschen aufbegehren, um Unrecht und Willkür zu überwinden. Unsere freie Gesellschaft, die vor 30 Jahren mutig errungen wurde, wird dieser Tage wieder von Rechtspopulisten und Faschisten bedroht.

Wir vergessen nicht: Nicht zuletzt aufgrund der wirtschaftlich desaströsen Lage des Landes stieg die Unzufriedenheit der Menschen in der DDR. Sie wollten nicht länger gegängelt und bevormundet werden. Millionen gingen auf die Straße. Die Zeit war reif für einen demokratischen Aufbruch und der Weg war frei zur Deutschen Einheit. „Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört“ – diese Worte von Willy Brandt sind und bleiben für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Auftrag, sich für den Zusammenhalt im Land stark zu machen, gerade zwischen West und Ost.

Das Ende der SED-Diktatur war und ist ein Hoffnungszeichen der Geschichte und ein Geschenk an alle Deutschen. Wir halten die Opfer der Diktatur in Erinnerung und würdigen besonders die Frauen und Männer der DDR-Opposition. Sie haben mit ihrem politischen Engagement und mit Hilfe der großen Protestbewegung die Herrschenden besiegt. Die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR am 7. Oktober 1989 war ein wesentlicher Akt der politischen Emanzipation und griff die führende Rolle der SED-Einheitspartei im Kern ihrer Existenz an. Die junge Sozialdemokratische Partei wollte freie Wahlen, eine ökologisch orientierte soziale Marktwirtschaft und parlamentarische Demokratie. Sie war die einzige Parteigründung vor dem Mauerfall am 9. November und verdient besondere Würdigung.

Die Deutsche Einheit, an deren Verwirklichung viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ihren Anteil haben, konnte auch dank des ersten und einzigen frei gewählten Parlaments in der DDR Wirklichkeit werden. Die neu gewählten Politikerinnen und Politiker in der Volkskammer und in den Städten und Gemeinden, die im Jahr des großen Umbruchs 1990 Verantwortung trugen, verdienen unseren Respekt. Auch sie trugen zum Gelingen der friedlichen Revolution und der Deutschen Einheit maßgeblich bei.

#### **Der Prozess der inneren Einheit Deutschlands dauert an**

Die Menschen aus Ostdeutschland sind von der ehemaligen Teilung Deutschlands und den großen Umbrüchen der Wiedervereinigung ungleich stärker betroffen als der Rest des Landes. Die Wunden aus der Geschichte sind noch nicht ganz verheilt und die Folgen der Wiedervereinigung sind schmerzlich spürbar.

Berlin, 6. – 8. Dezember 2019

Fragen der sozialen Gerechtigkeit und des Abgehängtseins von Regionen stellen sich in ganz Deutschland. Sie sind aber in Ostdeutschland oft anders gelagert, haben eine weitreichendere Dimension und werden zudem mit Fragen der ostdeutschen Identität und Erfahrungen verbunden.

Trotz wachsenden Wohlstands und sinkender Arbeitslosenzahlen ist die Unzufriedenheit in Ostdeutschland zu groß und die Zufriedenheit mit dem politischen System zu klein. Dazu kommt: Der mediale Blick auf Ostdeutschland ist leider viel zu häufig negativ. Dabei ist Ostdeutschland vielfältiger und die Menschen sind unterschiedlicher als es in der öffentlichen Debatte oftmals dargestellt wird. Es braucht mehr Differenzierungen, um der tatsächlichen Situation in den östlichen Bundesländern gerecht zu werden.

Für uns heißt das: Wir wollen diejenigen stärken, die sich für eine weltoffene, wirtschaftlich erfolgreiche, nachhaltige und soziale Heimatregion in Ostdeutschland einsetzen. Wir werben für ein gemeinsames und konstruktives Anpacken im Rahmen eines demokratischen Grundkonsenses. Hasserfüllte, spaltende „Antworten“ von Rassisten, Antidemokraten, Faschisten und Neonazis bekämpfen wir.

Aktuell scheinen die großen und kleinen, oft persönlichen Verletzungen der Nachwendezeit (wieder) aufzubrechen. Nur 20 Prozent der unter 40jährigen, also derjenigen, die die DDR nur als Kinder oder gar nicht kannten, halten die Wiedervereinigung für gelungen. Auch in Westdeutschland lässt die positive Sichtweise auf die Wiedervereinigung nach. Vor diesem Hintergrund dürfen unsere Anstrengungen zur Vollendung der Deutschen Einheit nicht nachlassen.

Die Geschichte Ostdeutschlands gehört zum vereinigten Deutschland dazu. Sie soll und wird nicht in einer Nachahmung des Westens aufgehen. Die Menschen im Osten wollen gleiche Chancen und gleiche Rechte, ohne ihre regionalen Unterschiede und Eigenständigkeiten aufgeben zu müssen.

Die SPD will 30 Jahre nach dem Fall der Mauer endlich auch die Lohn-Mauer zwischen Ost und West einreißen. Wir wollen Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland schaffen. Deshalb brauchen wir soziale, wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedingungen, die der besonderen Situation in Ostdeutschland gerecht werden. Mobilität, Digitalisierung, die medizinische Versorgung und der gesellschaftliche Zusammenhalt spielen hierbei eine herausragende Rolle.

Eine vom SPD-Parteivorstand eingesetzte Arbeitsgruppe mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Politik entwickelt zur Zeit Vorschläge zur gesellschaftlichen Aufarbeitung der Nachwendezeit. Wir wollen damit die Debatte über die Nachwendezeit versachlichen und neue Wege der Aufarbeitung vorschlagen. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe werden im I. Halbjahr 2020 dem SPD-Parteivorstand vorliegen. Im Jahr dreißig der Deutschen Einheit werden wir damit neue politische Beurteilungen der Jahre unmittelbar nach der Deutschen Einheit vorlegen. Die Zeit ist reif.

Berlin, 6. – 8. Dezember 2019

Viele wichtige Forderungen der SPD für den Osten konnten wir innerhalb der Bundesregierung bereits umsetzen. Dies trifft vor allem auf die Einführung der Grundrente zu, die in Ostdeutschland besonders notwendig ist. Aber auch die Besserstellung von Auszubildenden durch die Mindestausbildungsvergütung und die Grundgesetzänderung und entsprechende Neuregelungen des Bundes durch die die Länder künftig mehr Bundesmittel in die Qualität und Gebührenfreiheit der Kinderbetreuung investieren können, sind wichtig für den Osten. Wir konnten Verbesserung bei der Bezahlung von Paketboten und Pflegekräften erzielen und die Weiterbildung bei Langzeitarbeitslosen verstärken. Wir haben die Unterstützung für die Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR verbessert. Wir erhöhen die Opferrenten und Ausgleichsleistungen, geben mehr Betroffenen einen Anspruch darauf, entschädigen die sogenannten Heimkinder und rehabilitieren Opfer von staatlichen Zersetzungsmaßnahmen.

Ab Januar 2021 wird der Solidaritätszuschlag für mehr als 90 Prozent die Bürgerinnen und Bürger abgeschafft und für weitere 6 ½ Prozent reduziert. Dies kommt auch kleinen Unternehmen zugute. Die Spitzenverdiener sollen weiterhin den Soli zahlen, um so einen Beitrag für mehr Investitionen in die Zukunft zu zahlen.

Die vom SPD-Bundesparteitag 2017 eingeleitete besondere politische Unterstützung der ostdeutschen Sozialdemokratie wollen wir beibehalten und intensivieren. Wir brauchen weiterhin Personen in den Spitzengremien der SPD, die glaubwürdig ostdeutsche Interessen vertreten. Der im Frühjahr 2019 durchgeführte Ostkonvent war ein großer Erfolg; er hat sich detailliert mit der politischen Situation in Ostdeutschland auseinandergesetzt und ein Zukunftsprogramm Ost verabschiedet. Wir wollen dieses Format wiederholen und beraten darüber im Rahmen der Jahresauftaktklausur 2020. Viele im Zukunftsprogramm Ost enthaltenen Kernforderungen konnten wir bereits erfolgreich umsetzen. Wenn es uns gelingt die SPD beständig als Vertreterin ostdeutscher Interessen sichtbar zu machen, werden wir in Ostdeutschland neue politische Stärke aufbauen. Dafür müssen unsere politischen Inhalte noch genauer die Lebensrealität im Osten abbilden und Antworten auf drängende Fragen geben. Wir brauchen neue Allianzen in Ostdeutschland und müssen unsere Parteistrukturen gezielt neu aufbauen.

### **Vordringliche Aufgaben für Ostdeutschland**

Der Solidarpakt läuft Ende 2019 aus. Die strukturschwachen Regionen in Deutschland, viele davon befinden sich weiterhin in Ostdeutschland, brauchen auch in Zukunft besondere Unterstützung. Dazu gilt es, die derzeitige Fördermittelausstattung der ostdeutschen Länder im künftigen gesamtdeutschen Fördersystem mindestens zu erhalten und entsprechende zusätzliche finanzielle Mittel beginnend mit dem Bundeshaushalt 2020 zur Verfügung zu stellen. Ebenso bedarf es einer Lösung der Problematik kommunaler Altschulden unter Einbeziehung der kommunalen Wohnungsunternehmen in Ost und West. Die Ergebnisse der Arbeit der Strukturwandelkommission zum Kohleausstieg sind für die betroffenen Regionen ein großer Gewinn. Die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen, insbesondere die des

Berlin, 6. – 8. Dezember 2019

notwendigen Anpassungsgeldes (APG), muss jetzt zügig durch den Gesetzgeber erfolgen. Die auch für die ostdeutschen Bundesländer wichtigen Programme der Städtebauförderung müssen mittelfristig finanziell besser ausgestattet werden.

Die Zukunftstechnologien wie Elektromobilität und Wasserstofftechnologie bieten große Chancen für Ostdeutschland. Investitionen in diesen Bereichen müssen stärker befördert werden. Wir brauchen schnelles Internet und Mobilfunk an „jeder Milchkanne“ und Mobilitätsangebote, die eine Antwort auf die Bedarfe der Generationen auch in der Fläche geben. Leistungsfähige digitale Netze sind nicht zuletzt eine wichtige Voraussetzung für die Digitalisierung öffentlicher Dienstleistungen in den Bereichen Energie, Mobilität, Sicherheit, Abfall, Wasser, Bildung, Gesundheit und Wohnen, die unter den Begriffen smart cities/ smart regions zunehmend an Bedeutung gewinnen. Hier muss Ostdeutschland Vorreiter sein.

Die beschlossene steuerliche Förderung für Forschung und Entwicklung in kleinen und mittleren Unternehmen hilft der ostdeutschen Wirtschaft. Ostdeutschland ist an der Spitze bei der Erzeugung erneuerbarer Energien. Das Klima-Paket der Bundesregierung wollen wir nutzen um den Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben. Dazu brauchen wir Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Nutzung einer Vielzahl bereits existierender Technologien der Sektorkopplung. Dies kann nur dann funktionieren, wenn die dabei verwendeten und erzeugten Energieträger im Vergleich zu konventionell hergestellten Energieträgern zu wettbewerbsfähigen Preisen angeboten werden können. Die Gemeinden sollen in Zukunft mehr davon profitieren und wir brauchen Maßnahmen zur Akzeptanzsteigerung bei den Bürgern und Standortkommunen (Strompreisbonus, Bürgerbeteiligungsgesetz).

Wir brauchen gute Löhne, einen Mindestlohn in Höhe von 12 Euro, ein Recht auf Weiterbildung und mehr Tarifbindung und die spürbare Aufwertung sozialer Berufe wie z.B. durch das Gute-Kita-Gesetz. Wir wollen die Allgemeinverbindlichkeitsserklärung von Tarifverträgen vereinfachen und noch stärker nutzen. Die Angleichung der Löhne in Ost und West muss weitergehen. Dies gilt insbesondere beim Pflegemindestlohn. Die beschlossene Mindestausbildungsvergütung ist ein Erfolg.

Wir wollen guten und bezahlbaren Wohnraum – überall! Und wir brauchen mehr Kontrolle über Grund und Boden. Der Ausverkauf ostdeutscher Agrarflächen muss gestoppt werden.

Der Bund muss dauerhaft in Kitas und Kindertagespflege investieren: in Qualität und Gebührenfreiheit. Dazu ist die dauerhafte Fortsetzung der finanziellen Beteiligung des Bundes an den Kosten der Länder und Kommunen über 2022 hinaus zwingend erforderlich. Zudem brauchen wir eine zügige Umsetzung des Digitalpakts für Schulen.

Das vom SPD-Parteivorstande erarbeitete Konzept „Sozialstaat für eine neue Zeit“ stärkt die Grundsicherungssysteme und hat daher für den Osten Deutschlands eine besondere Bedeutung. Es ist ein Meilenstein auf dem Weg zu einer gerechteren Gesellschaft. Neben der

Berlin, 6. – 8. Dezember 2019

Einführung der Grundrente muss der Fonds für besondere Gruppen, denen in der Rentenüberleitung Ungerechtigkeiten widerfahren sind, kommen. Die Einführung einer Kindergrundsicherung ist für viele Alleinerziehende in Ostdeutschland dringend notwendig.

Menschen mit ostdeutscher Lebenserfahrung müssen in den Führungsebenen deutscher Institutionen viel stärker vertreten sein. Neu geschaffene Einrichtungen des Bundes sollen stärker auch in strukturschwachen Regionen in Ostdeutschland angesiedelt werden.

Wir wollen einen demokratischen Aufbruch in unserer Zivilgesellschaft und mehr Bürgerbeteiligung vor Ort, damit Bürgerinnen und Bürger den politischen Prozess als gestaltbar erleben und ihn gestalten wollen. Um die Zivilgesellschaft zu stärken und wirksame Strukturen gegen Rechtsextremismus zu haben, sind eine stärkere Förderung des ehrenamtlichen Engagements und der politischen Bildung in Ostdeutschland erforderlich. Ein Demokratiefördergesetz, wie von Bundesfamilienministerin Franziska Giffey geplant, ist dringend notwendig. Die Verstärkung der Mittel für das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ bis 2023 auf mindestens 115 Millionen Euro ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Das ist aber erst der Anfang. Mit uns wird es auch nach 2024 keine Kürzung der Mittel geben. Mittelfristig wollen wir das Programm ausbauen.

Die vorliegenden Eckpunkte zur Einführung einer Vermögenssteuer des SPD-Präsidiums und der Beschluss zur Reform der Erbschaftsteuer müssen zügig in einen konkreten Vorschlag zur Umsetzung münden. Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer muss zügig gelingen. Außerdem müssen die vorhandenen Steuereinnahmen zwischen den Ländern gerechter verteilt werden.

Ein gesellschaftlicher Dialog über die Nachwendezeit dient der Versöhnung und Versachlichung vieler Biografien und Erzählungen. Wir legen Vorschläge vor, wie das konkret aussehen kann.

30 Jahre nach dem Fall der Mauer versucht die AfD die Friedliche Revolution für ihre Zwecke zu missbrauchen. Die Rechtspopulisten stellen sich mit ihrer Politik gegen unsere Werte und alles was vor 30 Jahren erkämpft wurde. Das Teile der CDU eine Zusammenarbeit mit der AfD erwägen, sollte für alle Demokraten im Land ein Alarmsignal sein. Wir lehnen es strikt ab, dass rechte Hetzer im Deckmantel der „Bürgerlichkeit“ in Verantwortung gelangen und fordern die CDU auf, diese Gedankenspiele dauerhaft zu unterbinden.

Wir wollen einen neuen Aufbruch für Ostdeutschland schaffen. Nach wie vor bestehende Ungerechtigkeiten und strukturellen Unterschiede müssen angepackt und überwunden werden. Ostdeutschland muss Perspektiven auf ein gutes Leben bieten - besonders auch für junge Menschen. Die Menschen in Ostdeutschland können zu Recht stolz auf die erbrachten Leistungen sein – mit diesem Selbstbewusstsein können wir die Deutsche Einheit vollenden und rassistische und antidemokratische Positionen wirksam bekämpfen.